

## **Aktionsplan gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit**

Die Kultusministerkonferenz hat in ihrer Sitzung am 12. Oktober 2023 – wie viele Hochschulen und die Hochschulrektorenkonferenz zuvor – mit großer Entschiedenheit und vollem Nachdruck die terroristischen Angriffe der Hamas auf die israelische Bevölkerung und den Staat Israel scharf verurteilt. Sie hat ihre tiefe Anteilnahme und Solidarität gegenüber unseren israelischen Freundinnen und Freunden bekundet und zugleich den Blick gerichtet auf die Jüdinnen und Juden sowie Israelis in Deutschland, die in großer Sorge um ihre Verwandten und Freundinnen und Freunde in Israel sind, die sich aber auch selbst Anfeindungen ausgesetzt sehen und um ihre Sicherheit fürchten.

Mit größter Betroffenheit beobachten wir seit dem 7. Oktober 2023 eine deutliche Zunahme antisemitischer und israelfeindlicher Vorfälle in Deutschland sowie mitunter skrupellos vorgetragene öffentliche Sympathiebekundungen für die Hamas und andere terroristische Gruppierungen, die den Staat Israel bekämpfen und ihm das Existenzrecht absprechen. Zugleich erreichen uns Berichte von Hochschulen im In- und Ausland, wonach auch dort antisemitische und antiisraelische Ausfälle zunehmen.

Als Wissenschaftsministerinnen und Wissenschaftsminister reagieren wir im Rahmen der Kultusministerkonferenz (Hochschule) am 7. Dezember 2023:

**Wir unterstreichen die Verurteilung der Angriffe auf Israel und bekräftigen unsere Solidarität mit Menschen jüdischen Glaubens und israelischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern.**

**Wir verurteilen die antisemitischen und israelfeindlichen Vorfälle der jüngsten Zeit in Deutschland** und rufen dazu auf, ihnen entschlossen entgegenzutreten.

**Wir positionieren uns gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit** im Bewusstsein unserer historischen Verantwortung und der geteilten Überzeugung, dass gerade die Freiheit von Lehre und Wissenschaft eine zentrale Säule unserer freiheitlich demokratischen Gesellschaft ist.

**Wir sind dankbar für das breite Engagement unserer Hochschulen und der Hochschulfamilien gegen Antisemitismus sowie die Vielfalt der Lehr- und Forschungsangebote mit Bezug zu Israel. Darauf aufbauend bekräftigen wir unseren Willen, Antisemitismus entschlossen entgegen zu treten.**

**Wir treten gemeinsam dafür ein, dass alle Mitglieder und Angehörigen der Hochschulen diese als sichere Orte empfinden und dort unbekümmert studieren, forschen und diskutieren können.**

## 1. Wir sagen Nein zu jeder Form von Antisemitismus

Hochschulen sind Orte der Toleranz. Antisemitismus und Israelfeindlichkeit haben an unseren Hochschulen keinen Platz. Jüdische und israelische Studierende und Mitarbeitende müssen sich an den Hochschulen sicher fühlen können. **Wir rufen die gesamte Hochschulfamilie auf, sich weiterhin klar gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit zu positionieren und dies auch öffentlich kundzutun.**

## 2. Wir unterstützen die IHRA-Definition von Antisemitismus.

Hochschulen sind gesellschaftliche Taktgeber und nehmen eine Vorbildrolle für junge Menschen und die gesamte Gesellschaft ein. Ihr Umgang mit Antisemitismus ist beispielgebend. Als wertvolle Orientierung und nützliches Instrument bei der Einordnung von Fällen soll dabei die sog. IHRA-Definition von Antisemitismus dienen. **Wir erachten die von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken, verabschiedete internationale Arbeitsdefinition von Antisemitismus als Grundkonsens und ermutigen die Hochschulen, diese zu übernehmen.**

## 3. Wir sind einig im Ausbau der Sensibilisierung für Antisemitismus.

Hochschulen sind als Orte der Vielfalt Vorbilder für unsere Gesellschaft. Als Lernorte für Zivilcourage tragen sie eine besondere Verantwortung. Durch Schulungen, Fortbildungen und weitere Campus-Angebote haben sie vielfältige Möglichkeiten, die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und seinen vielfältigen Erscheinungsformen zu stärken. **Wir rufen die Hochschulen auf, alle Mitglieder und Angehörigen der Hochschulfamilie verstärkt für Antisemitismus wie auch für andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu sensibilisieren.**

## 4. Wir bekennen uns zur Stärkung von Prävention gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit.

Hochschulen sind Orte der Wissensvermittlung und Aufklärung. Bewusstseinsbildung und Erkenntnisfähigkeit sind zwingende Voraussetzungen für präventives Handeln. Wir wollen, dass jüdisches Leben selbstverständlich und gefahrlos sichtbar sein kann. Wir wollen Geschichtsbewusstsein stärken sowie Erinnerungskultur und Gedenken mit Leben füllen. **Wir rufen die Hochschulen dazu auf, entsprechend breite Angebote zu machen und Desinformation aktiv zu bekämpfen.**

## 5. Wir sind überzeugt, dass feste Strukturen gegen Antisemitismus helfen.

Hochschulen sind geschützte Räume. Das freie Studieren und Arbeiten an einer deutschen Hochschule darf in keiner Weise durch antisemitische Worte und Taten beeinträchtigt werden. Jüdische Studierende und jüdisches Lehrpersonal brauchen verlässliche Anlaufstellen, die konkrete Unterstützung und Hilfestellung im Bedarfsfall leisten. **Wir ermutigen die Hochschulen, Melde-, und Beratungsstrukturen bezüglich jeder Form menschenverachtender Aktivitäten an Hochschulen auszubauen und Antisemitismusbeauftragte zu etablieren.**

## 6. Wir schützen gemeinsam vor Antisemitismus.

Hochschulen sind Orte der Freiheit. Die gesamte Hochschulfamilie soll sich dort sicher und geschützt fühlen. Das gilt für alle Religionen, Ethnien und Staatsangehörigkeiten, aktuell im Besonderen für Personen jüdischen Glaubens und israelische Staatsangehörige. **Wir rufen die Hochschulen dazu auf, wo noch nicht geschehen, bestehende Sicherheitskonzepte zu überprüfen, bei Bedrohungslagen einen engen Austausch mit den Sicherheitsbehörden zu etablieren und bei Bedarf Sicherheitsvorkehrungen zu verstärken.**

## 7. Wir bekämpfen gemeinsam Antisemitismus und Israelfeindlichkeit mit allen Möglichkeiten des Rechtsstaats.

Hochschulen sind keine rechtsfreien Räume. Relevantes Fehlverhalten muss konsequent verfolgt, geahndet und unterbunden werden (effektives Case-Management). Der Campus darf kein Ort für Veranstaltungen und Gruppierungen sein, die antisemitische oder israelfeindliche Positionen zum Inhalt haben. **Wir unterstützen die Hochschulen darin, antisemitische Vorfälle zu verfolgen, zur Anzeige zu bringen und im Rahmen der eigenen Zuständigkeit ebenfalls zu ahnden.**

## 8. Wir wollen Räume für friedlichen Dialog schaffen.

Hochschulen sind soziale Orte der Begegnung und des Austauschs. Hochschulleitungen sollen Möglichkeiten schaffen und fördern, dass Mitglieder und Angehörige der Hochschulfamilie in respektvollen Dialog miteinander treten können. **Wir rufen Hochschulen auf, Foren zur interkulturellen und interreligiösen Begegnung sowie kritisch-friedlicher Reflexion zu etablieren, wo sie nicht bereits bestehen, um Dialog zu stärken, Vorbehalte abzubauen, Ressentiments vorzubeugen, und die einigende Kraft der wissenschaftlichen Erkenntnis zu stärken.**

## 9. Wir ermutigen zum Ausbau von Lehre und Forschung zu Israel, Judaistik und Antisemitismus.

Hochschulen sind Orte der Erkenntnis- und Wahrheitssuche. Wir sind dankbar für die heute an deutschen Hochschulen bereits bestehenden, äußerst vielfältige Studien- und Forschungsangebote zur jüdischen Religion und Geschichte. Die hierdurch geschaffenen Grundlagen sind wesentliche Voraussetzungen zur gesamtgesellschaftlichen Antisemitismusprävention. Wir sind überzeugt, dass Hochschulen hier voneinander noch viel lernen und Kooperationen schließen können. **Wir ermutigen die Hochschulen zur Stärkung und Ausweitung der Israelforschung sowie von Angeboten der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Antisemitismus, jüdischer Kultur und Geistesgeschichte in Lehre, Forschung und Wissenschaftskommunikation.** Den Studiengängen mit erziehungswissenschaftlichen Schwerpunkten, insbesondere im Lehramtsbereich, kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

## 10. Wir ermutigen zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit Israel.

Hochschulen sind Orte des lebendigen Dialogs und Ursprung von Formen der Zusammenarbeit, die weit über den Bereich der Hochschule hinausgehen. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Völkerverständigung. **Wir ermutigen die Hochschulen, den Austausch mit jüdischen Gemeinden und Studierendenvereinigungen zu vertiefen und bestehende Kooperationen mit israelischen Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen zu fördern.**

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung schließt sich diesem Aktionsplan an. Das BMBF engagiert sich in der Antisemitismusforschung und bekräftigt, dieses Engagement auch weiterhin aufrechtzuerhalten. Die Projektförderung des Bundes adressiert neben Hochschulen auch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Die bilaterale Forschungsk Kooperation mit Israel ist dem BMBF ein zentrales Anliegen.